



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 38
Fernschreiber 0886890

P/XIV/289 - 19. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Staatsbürger oder Untertan Von Fritz Erlar, MdB, Mitglied des Präsidiums der SPD	93
3 - 4	Ben Gurions Kabinett der breiten "Mitte" Von Dieter Rieke	71
5	Zwischenbilanz in Heilbronn Vorwürfe gegen Bundesbahn berechtigt	51
6 - 7	"Unfähig zur Kulturpolitik" Harte Kritik an der CDU	68

* * *

* *

Staatsbürger oder Untertan

Von Fritz Erler, MdB,
Mitglied des Präsidiums der SPD

In dem zuende gehenden Jahr 1959 besteht die Bundesrepublik Deutschland zehn Jahre, hat aber auch das Regime in der Sowjetzone seinen Zehnjahrestag begangen. In beiden Fällen handelt es sich für die Deutschen nicht um Festtage. Vor zehn Jahren war unser Volk noch davon überzeugt, daß in absehbarer Zeit Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands zu einer Überwindung der Spaltung und zu einer Ablösung der Organisation der Staatsteile durch eine gesamtdeutsche Staatsgewalt führen würde. Diese Hoffnung wurde bitter enttäuscht.

Erneut sind Konferenzen im Gange, bei denen auch um deutsches Schicksal gerungen wird. Die Aussichten für die Wiedervereinigung unseres Landes sind nicht gut. Es gilt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Verbindung Berlins mit dem freien Westen Deutschlands zu sichern und der Bevölkerung West-Berlins ihre Freiheit zu erhalten. Das zeigt, wie sehr die Dinge sich verfestigt haben.

In der Bundesrepublik Deutschland hat die Bevölkerung in freien Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden diejenigen Organe gewählt, welche die Staatsgewalt ausüben. In Mittelddeutschland ist der Bevölkerung bis zur Stunde dieses Grundrecht auf Selbstbestimmung vorenthalten worden. Dieser einfache, einem jeden von uns sichtbare Tatbestand entbindet uns nicht von der Verpflichtung, kritisch zu prüfen, wie weit in den vergangenen zehn Jahren die demokratischen Einrichtungen in unseren Teile Deutschlands gefestigt worden sind und wie weit vor allem unser Volk demokratisches Selbstbewußtsein entwickelt hat. Dann kommen wir zu einer weniger erfreulichen Bilanz.

Verhängnisvoller Weg

Drei Wahlentscheidungen haben zu einem Regime in Bonn geführt, das Staatsautorität stärker betont als Recht und Verantwortung des Bürgers. Damit sind wir auf dem Wege, an die Tradition des Obrigkeitsstaates vergangener Zeiten anzuknüpfen, statt endlich auch in Deutschland eine von allen Schichten des Volkes getragene demokratische Ordnung wirklich lebendig zu machen. Die bedauerliche Entpolitisierung großer Teile unseres Volkes zeugt davon, daß man darauf verzichtet, an den Entscheidungen des politischen Lebens aktiv Anteil zu nehmen, sondern glaubt, sie "denen da oben" überlassen zu können.

Das Parlament ist unter diesen Umständen hinter die Exekutive im Ansehen der Bevölkerung zurückgetreten. Das war möglich, weil sich die gegenwärtige Parlamentsmehrheit als ausführendes Organ des Regierungswillens betrachtet, während doch eigentlich in der parlamentarischen Demokratie die Regierung Ausdruck des Willens der Parlamentsmehrheit zu sein hätte. Sicher wollte das Grundgesetz einen starken

Bundeskanzler, der "die Richtlinien der Politik bestimmt". Es wollte aber nicht, daß mit dieser Bestimmung die ausführende Gewalt des Parlament als die einzige gewählte Körperschaft praktisch entmachtet und zu ihrem Sprecher macht. Das auf diese Weise entstandene Einmann-Regime ist mit einer lebendigen Demokratie unvereinbar. Es erstickt wirkliches parlamentarisches Leben. Auch Umbauten des Plenarsaales im Bundestag können an diesem politischen Tatbestand kaum etwas ändern. Es erstickt vor allem aber einen lebendigen Anteil der Bürgerschaft an dem Wohl und Wehe ihres Staates.

Es ist Zeit für einen Wechsel

Ist das Übel erkannt, kann man ihm auch abhelfen. Allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß die Abhilfe vom einzelnen Bürger ein gewisses Maß an Mithilfe verlangt, daß er zurzeit ungern aufbringt. Der Bürger unseres Landes muß begreifen, daß die Erstarrung im politischen Leben nur durch seine eigene Teilnahme überwunden werden kann. In Demokratien mit langer Tradition würde man sagen: Es ist Zeit für einen Wechsel. Das Jahr 1960 bringt noch keine Bundestagswahl. In diesem Jahr aber bildet sich ein gut Teil der Meinung bereits heraus, deren Ergebnis sich in der Bundestagswahl des Jahres 1961 niederschlagen wird. Von dem aktiven Interesse unserer Staatsbürger im kommenden Jahr wird es abhängen, ob das Jahr 1961 der Demokratie in Deutschland neue Impulse gibt oder die Tendenzen zur obrigkeitstaatlichen Bevormundung der Staatsbürger stärkt.

Diese Tendenzen sind deutlich genug sichtbar in dem Versuch der Bundesregierung, die Meinungsbildungsinstrumente Rundfunk, Fernsehen und Presse entweder in ihre Hand oder (durch das Ehrenschutzgesetz) mindestens unter ihre Kontrolle zu bringen, obwohl doch wahrlich die Bundesregierung sich nicht über die Feindschaft des größten Teils der deutschen Presse beklagen kann... In dieses Bild gehören auch die Versuche des Innenministers Schröder, einem Metallarbeiterstreik oder dem Gegner der Atombewaffnung mit innenpolitischen Notstandsmaßnahmen zuleibe zu gehen. Denn gerade diese beiden Probleme führte er zur Begründung seiner unklaren Forderungen nach Notstandsrechten an.

Adenauer - nicht verbindend, sondern spaltend

Unser Volk geht ernsten Zeiten entgegen. Die deutsche Frage kann nur dann im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes gelöst, der Weg zu einer solchen Lösung nur dann wenigstens offengehalten werden, wenn es gelingt, durch eine wirksame Zusammenarbeit aller großen demokratischen Kräfte die Stimme unseres Volkes der Umwelt gegenüber nachdrücklich zu Gehör zu bringen. Der derzeitige Regierungschef kann diese Aufgabe nicht lösen. Er erstrebt nicht Zusammenarbeit, sondern verlangt Unterwerfung. Er wirkt im innerpolitischen Leben nicht verbindend, sondern spaltend. Was wir brauchen, ist aber gerade nicht die Zuspitzung der innenpolitischen Gegensätze. Wenn unser Volk erst einmal erkennt, wer hierfür die Verantwortung trägt, ist viel gewonnen. Die Reden des Parteifanatikers Dr. Adenauer auf dem Parteitag in Düren haben hoffentlich manchen die Augen dafür geöffnet, daß in diesem Mann seit langem der Parteikämpfer über den Staatsmann gesiegt hat. Wird diese Erkenntnis, die den Einsichtigen längst vertraut ist, erst zum offen ausgesprochenen Allgemeingut, dann ist der Weg für eine vernünftige Neuordnung unserer innenpolitischen Verhältnisse beschritten.

Ben Gurions Kabinett der breiten "Mitte"

Von Dieter Rieko

Mit gewisser Beklemmung hatte man in Israel nach den Knesseth-Wahlen vom 3. November den von David Ben Gurion begonnenen Koalitionsgesprächen der Mapai mit den Vertretern der anderen Parteien entgegengesehen. Man erinnerte sich noch der acht Monate dauernden Verhandlungen vor vier Jahren, bevor endlich ein arbeitsfähiges Kabinett seine Geschäfte aufnehmen konnte. Die nun erfolgte Bekanntgabe der neuen Ministerliste hat alle gehegten Befürchtungen beseitigt. Der Fortführung Ben Gurions konstruktiver Innen- und Außenpolitik steht nichts mehr im Wege; so entspricht es auch dem Wahlergebnis, das der Mapai mit ihren liierten arabischen Listen 52 von 120 Sitzen in der Knesseth einbrachte.

Bei der Bildung des neuen Kabinetts ging Ben Gurion zweifellos davon aus, seiner weiteren Regierungspolitik wieder eine möglichst breite Basis der Parteien der "Mitte" unter Ausschluß rechter und linker Extremisten zu geben, wie sie auch nach den dritten Knesseth-Wahlen aus denselben Parteien der nun vorgestellten neuen Regierung bestanden hat. Er ließ aber auch nicht jene Konsequenzen aus dem Auge, die sich aus den Konflikten über die Waffenlieferungen nach der Bundesrepublik mit der Achduth Awoda vier Monate vor Ablauf der letzten Legislaturperiode ergeben haben und zum Rücktritt der Regierung zwangen. So verband Ben Gurion seine Besprechungen mit den Parteivertretern von vornherein mit der Forderung nach einer Kollektiv-Verantwortung der neuen Regierungskoalition, was andererseits, um der Achduth Awoda entgegenzukommen, nicht die Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb des Kabinetts und nach außen hin, soweit es sich um gewisse ideelle Fragen handelt, auszuschließen braucht. Weiterer Angelpunkt seiner Verhandlungen war die Einführung eines neuen Wahlsystems nach englischen Muster, das die Zahl der Parteien zu Gunsten einer größeren Stabilität im Parlament wesentlich vermindern wird.

Dies mag auch ein Grund sein, weshalb sich die beiden "Linken", Mapam und Achduth Awoda, die bei den letzten Wahlen Einbußen erlitten haben, doch noch zu einem Beitritt der großen Koalition entschlossen haben. Ben Gurion knüpft nicht zuletzt auch daran die Hoffnung, daß sich die zersplitterten beiden linken Arbeiterparteien eines Tages mit der Mapai verbinden, ein Angebot, das ihnen zur Konsolidierung der sozialistischen Kräfte wiederholt gemacht worden ist. Die politischen Nuancierungen, welche diese Parteien noch voneinander trennen, mögen sich in der neuen ge-

meinsamen Regierung fraktionell auf einen Nenner bringen lassen. Und die Parole der Mapam "Frieden und Sicherheit unter Berücksichtigung einer gewissen Neutralität" wird von der Mapai sicher nur unter dem Aspekt einer weiteren Festigung des Staates Israel gesehen werden. Daß auch die Achduth Awoda nach der Demarche in der Waffenhafte und dem daraus folgenden Stimmenverlust mit ihrer "Bruderpartei" Mapam wiederum im Kabinett vertreten ist, hält jedenfalls alle Tore für eine Vereinigung des Arbeiterflügels offen.

Die National-Religiösen und die als Liberale zu bezeichnenden Progressiven, welchen die Wahl einen leichten Rückgang ihres Stimmenanteils gebracht hat, haben sich als Partner schon in der vorherigen Regierung bewährt. Die Progressiven hatten ein nationales Versicherungssystem gefordert anstelle der von der Histadruth kontrollierten Kupa Cholim. Ein unbedeutender Kompromiß, der das augenblickliche System kaum antastet, scheint sie jedoch befriedigt zu haben.

Die Allgemeinen Zionisten verzeichneten einen erheblichen Stimmenverlust und haben von sich aus auf eine Koalitionsteilnahme verzichtet, denn sie wissen nur zu genau, daß sie in der Regierung den Rest des Profils ihrer wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik verlieren würden. Früher als große Fraktion waren sie seit der Staatsgründung bis 1955 immer in der Regierung. Nun versprechen sie sich, aus der Opposition heraus den Stimmenverlust wettzumachen. Mit ihnen in der Opposition werden die Orthodox-Religiösen, die Kommunisten und die rechtsradikale Cherut sein.

Von Ben Gurions Regierungsprogramm weiß man schon soviel, daß er die wirtschaftliche Festigung des jungen Staates auf dem bisher im wesentlichen beschrittenen Weg fortführen wird. Die bereits erreichten Erfolge haben ihm der Großteil der Wähler bestätigt. Seine außenpolitische Konzeption zielt auf eine baldige Entmilitarisierung und Abrüstung im Nahen Osten ab, die auch eine Befriedung dieses Gebietes mit sich bringen wird. Was die Beziehungen Israels mit der Bundesrepublik betrifft, so hat Ben Gurion mehr als einmal im Namen seines Landes den Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgesprochen. Angesichts der noch reservierten Haltung der Bundesrepublik bleibt Gurions Feststellung nur zu bestätigen, daß hier noch ein sehr wichtiger Pfeiler für die Brücke zu bauen ist, die von der deutschen Vergangenheit in die Gegenwart führt

Zwischenbilanz in Heilbronn

R.O. - Der Prozeß wegen des Lauffener Schrankenunglücks, über den auch überregionale Blätter laufend umfanglich berichteten, wird nach zehntägiger Unterbrechung am 22. Dezember von der Großen Strafkammer Heilbronn wieder aufgenommen. Die bisherige Beweiserhebung hat ergeben, daß die alsbald nach dem Unglück in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe gegen die Bundesbahn wegen des - mindestens in Bezug auf die Schrankenbedienung - veralteten und ungewissen Meldesystems in weitem Umfange berechtigt sind. Die Anweisung an die Schrankenwärter, "rechtzeitig" zu schließen, ohne daß diese gewiß sein dürfen, "rechtzeitig" vom Herannahen eines Zuges, plan- oder außerplanmäßig, verständigt zu werden, stellt einen Dienstauftrag dar, der bei Licht besehen wegen der Unmöglichkeit exakter Erfüllung gegen die guten Sitten verstößt und darum arbeitsrechtlich unverbindlich ist.

Wenn sich bei dem immer mehr anschwellenden Verkehr auf den Landstraßen Zusammenpralle an den Schranken wohl niemals ganz vermeiden lassen, so kann doch die Wahrscheinlichkeit auf Bruchteile herabgesetzt werden. Im vorliegenden Falle war es gerade umgekehrt. Zu einem Zusammenstoß gehören ja immer zwei Fahrzeuge, und der Durchgang des Linienbus war so gelegt, daß zeitlich eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein Unglück bestand. Tagtäglich mußte der Unglücksbus kurz vor dem Zug, der ihn zerschmetterte, und unmittelbar nach einem zuvor passierenden Gegenzug über die Schranke. Das ist mit der Einführung des Winterfahrplans zur Erleichterung der Bevölkerung des Zabergäus abgestellt worden. Der Bus ist jetzt vor die beiden Züge gelegt, so daß er auch Anschluß an diese im Bahnhof Lauffen hat. Ein Verstärkungsbuss verkehrt nach dem Durchgang der Züge. Es steht freilich in Frage, ob dieser Gesichtspunkt einer Koordinierung der Linienfahrpläne auf Straße und Schiene auch an den vielen anderen stark befahrenen Strecken im Bundesbahnbereich eingeführt wird. Bei der Bundesbahndirektion Stuttgart bezeichnete man sie als völlig neuartig, was nur ein Ausdruck für die Aufspaltung der Verantwortung und die Isoliertheit der Planung in ein- und derselben Verwaltung ist.

Was die Schuld des angeklagten Schrankenwärters anbelangt, so erscheint dieser stark entlastet, wenn sich als genauer Zeitpunkt des Unglücks die Minute der Stromunterbrechung erweist, die von zwei Schaltwerken mit 17,31 Uhr registriert wurde, während die bisherigen Zeugenaussagen auf 17,33 Uhr deuteten. Nachdem nun aber selbst das elektrisch gesteuerte Uhrensystem der Bahn Fehlermöglichkeiten aufweist, und auch die Uhr in dem erhalten gebliebenen Fahrtnessor des Omnibus eine Stunde zuvor abgelaufen war, erhebt sich die Frage, ob die genaue Unglückszeit nicht durch die Uhren der getöteten oder verletzten Businsassen erwiesen werden kann. Viele davon werden durch die elementare Gewalt des Aufpralls zerschmettert sein. Die Zifferblätter dieser Uhren waren eine wertvolle Beweisquelle. Anscheinend hat niemand von der 15-köpfigen Ermittlungskommission erfahrener Kriminalisten dieses Beweismoment beachtet, das jetzt eine entscheidende Bedeutung erlangt hat. Ist nämlich der Unfall nicht nur eine, sondern mehr als zwei Minuten früher eingetreten, als der Zug gewöhnlich passierte, dann lag sein Herannahen außerhalb jeder auch noch so vagen Mutmaßung, die ein rechtzeitiges Handeln unzumutbar den Schrankenwärtern zugemutet wird.

"Unfähig zur Kulturpolitik"

Bt.- Wenn Sozialdemokraten die Bundesregierung kritisieren, weil sie auf dem Gebiete der Kulturpolitik untätig bleibt, wenn Sozialdemokraten der CDU/CSU den Vorwurf der Verständnislosigkeit gegenüber den kulturpolitischen Anforderungen des Tages machen -, dann wird darin nur allgemein eine Äußerung des parteipolitischen Konkurrenzkampfes gesehen und nicht mehr. Insbesondere helfen sich die CDU/CSU und ihre Regierung mit dieser Auslegung über alle Schwierigkeiten hinweg. Sie machen sich nicht einmal mehr die Mühe des Nachdenkens, denn alles, was die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die Modernisierung unseres Bildungs- und Ausbildungswesens oder gar die Um- und Neugestaltung unseres Schulsystems betrifft, das seien ja alles gar nicht objektiv notwendige Dinge, sondern von den Sozialdemokraten erfundene Propagandaschlager.

In Bonn erscheint ein Pressedienst eigens zu dem Zweck, die sozialdemokratische Kulturpolitik als "Masche" darzustellen und die Gemüter in Sinne der Auffassung des Bundesinnenministers zu beruhigen, nach welcher im Grunde auf dem kulturpolitischen Sektor alles bestens sei. Und das, obwohl es auf dem 2. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe hieß: "Für die CDU ist und bleibt Kulturpolitik niemals ein politischer Bereich neben anderen, sondern der wirkende Mittelpunkt, von dem erst alle anderen Bereiche in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ihre Gestalt finden".

"In Wirklichkeit aber, das muß man nüchtern feststellen, ist nicht eine einzige kulturpolitische Initiative seit dem zweiten Weltkrieg von der Partei Adenauers ausgegangen". Das schreibt die "Deutsche Zeitung" vom 12. Dezember 1959. Dieses Blatt, das einen an die Adresse der CDU gerichteten zweispaltigen Artikel mit den Worten "Unfähig zur Kulturpolitik" überschreibt, ist zu der Auffassung gekommen, daß es sich die CDU einfach nicht mehr leisten kann, weiterhin "praktisch kulturpolitische Abstinenz" zu üben. Die "Deutsche Zeitung" hält es eigenartigerweise nicht für nötig, darauf hinzuweisen,

daß wir deshalb eine zeitgerechte kulturpolitische Konzeption brauchen, weil wir ohne sie hinter der wissenschaftlichen, technischen und zivilisatorischen Entwicklung in der Welt zurückbleiben. Sie will vielmehr die CDU fit machen, damit sie der SPD gegenüber besser bestehen kann:

"Die Lage ist für die CDU umso ernster, als die Sozialdemokraten schon seit längerer Zeit die kulturpolitischen Initiativen faktisch monopolisiert haben. Es ist ihnen gelungen, sich zum Anwalt der standespolitischen Forderungen der Lehrer zu machen, durch die sich objektiv die gewandelte Struktur unseres Bildungswesens ausspricht.

Die SPD hat es vermocht, die kulturpolitische Diskussion in so starker Weise zu beeinflussen, daß Vorstellungen, die von ihr schon um die Jahrhundertwende entwickelt wurden, nunmehr in halboffizielle Dokumente, wie den Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, aufgenommen wurden. Die SPD marschiert an der Spitze der Bildungsreform, weil sie im Gegensatz zur CDU längst deren Wert als Instrument einer allgemeinen Gesellschaftsumwandlung erkannt hat. Die SPD hat ihren "Plan Z" entwickelt, der Parteivorstand widmet kulturpolitischen Fragen eine große Aufmerksamkeit.

Bei der CDU scheint niemand zu bemerken, daß hinter der Fassade ihrer absoluten Mehrheit im Bundestag die SPD mit ihrem kulturpolitischen Elan in den Ländern, in den Schulen, an den Universitäten, immer mächtiger wird. Die Union verhält sich demgegenüber defensiv, ihre Vertreter in der Kultusministerkonferenz tun so, als ob es nur noch um pädagogische Sachfragen, nicht mehr um Politik ginge; das Desinteresse ihrer Bundestagsfraktion an kulturpolitischen Fragen ist unbeschreiblich".

Obwohl also auch die "Deutsche Zeitung" das kulturpolitische Problem vorwiegend aus der Perspektive der parteipolitischen Polemik sieht und vielleicht selbst nicht begreift, in wie hohem Maße es sich hier um eine Existenzfrage für unser Volk handelt, kann man sich doch nur ihrer besorgten Frage anschließen: "Wann wird die CDU sich aufraffen aus ihrer Lethargie?"

- + +